

SPEZIAL-
AUSGABE



Jahresbericht 2021



PUBLIC EYE MAGAZIN
Nr. 34 - Februar 2022

Public Eye



Inhalt

- 5 **Korruption**
- 8 **Gesundheit**
- 13 **Clean Clothes Campaign**
- 16 **Pestizide**
- 21 **Rohstoffe**
- 23 **Konzernverantwortung**
- 26 **Agrarrohstoffe**
- 28 **Handelspolitik**
- 31 **Schulbesuche**
- 32 **Freiwillige**
- 35 **Organisation**
- 42 **Dank**
- 43 **Jahresrechnung 2021**
- 51 **Mission**

PUBLIC EYE MAGAZIN Spezialausgabe |
Jahresbericht 2021, Nr. 34 | Februar 2022

—
ISSN 2504-1266 – Das Public Eye Magazin erscheint
6 Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitglied-
schaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

REDAKTION Roman Bolliger (D) und Ariane
Bahri (F) | ÜBERSETZUNG Maxime Ferréol |
GRAFIK Karin Hutter | FOTOGRAFIE Marion
Nitsch | DRUCK Vogt-Schild Druck AG,
Cyclus Print & Leipa, FSC
AUFLAGE D: 29 200 Ex. / F: 10 200 Ex.

KONTAKT Public Eye
Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch
—
POSTKONTO 80-8885-4



Rote Karte für Menschenrechts-Fouls

In diesem Jahresbericht sehen Sie unser Team in Fussball-Action. Mit einem Augenzwinkern spielen wir auf die Gegensätze in diesem Sport an: Fairplay oder Foulspiel? Properes «Panini-Bild» oder dubiose Machenschaften im Hintergrund?

Es sind Gegensätze, die uns auch in unserer Arbeit tagtäglich begegnen. Zum Beispiel, wenn wir in einer Recherche hinter die glitzernde Fassade des Fast-Fashion-Konzerns Shein blicken – und dort auf Arbeiter*innen mit 75-Stunden-Wochen treffen.

Oder wenn wir in der Schweiz Tausende von anonymen Briefkastenfirmen aufspüren – Unternehmenskonstrukte, die allzu oft nur der Geldwäscherei und Korruption dienen. Oder wenn wir herausfinden, dass Schweizer Agrarhändler immer öfter auch als Plantagenbesitzer agieren – mit teilweise verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt.

Fairer Fussball braucht Schiedsrichter*innen, die genau hinschauen und bei einem groben Foul die rote Karte ziehen. Auch wir schauen genau hin, machen ungerechte Parallelwelten sichtbar und zerren Menschenrechts-Fouls ins Flutlicht der Scheinwerfer. Vor allem aber tragen wir dazu bei, dass sich das ändert: Wir kämpfen für griffige Regelungen auf politischer Ebene und für die Stärkung von Menschenrechten. Damit wir bei Bedarf auch die rote Karte ziehen können.

Im Namen des Vorstands und des Teams danke ich all unseren Unterstützer*innen, insbesondere unseren inzwischen über 28 000 Mitgliedern! Dank Ihnen können wir uns auch in diesem Jahr für eine gerechtere Welt einsetzen. | *Pierrette Rohrbach, Präsidentin*



Unmengen von Geld und unzählige Scheinfirmen

Ein weiteres Jahr im Zeichen der Wirtschaftskriminalität. Im Fokus standen der erste Prozess wegen internationaler Korruption in Genf, unsere Kampagne zu den rechtlichen Schlupflöchern der Schweiz, die genau zum richtigen Zeitpunkt erschienenen Pandora Papers und zum Jahresende schliesslich noch «Congo Hold-Up», das grösste Datenleck Afrikas.

Kaum waren die Festtage vorüber, begann das Jahr 2021 mit einem Knaller: dem Korruptionsprozess gegen Beny Steinmetz in Genf (*siehe Text zu Rohstoffen Seite 21*). Doch warum steht die Schweiz bei solchen Skandalen eigentlich immer wieder im Zentrum? Die Verurteilung des Minenmagnaten bereitete den Weg für unsere grosse Korruptionskampagne. Im Dossier, das wir diesen Sommer auf unserer Website veröffentlichten, haben wir ausführlich die Lücken in der Schweizer Gesetzgebung erläutert, die unsere multinationalen Konzerne, Banken und Finanzintermediär*innen für Wirtschaftskriminelle weiterhin sehr attraktiv machen. Durch Korruption bereichern sich zwar nur einige wenige Menschen, sie schadet aber der grossen Mehrheit.

Im September gaben wir das satirische Handbuch «Korruption Made in Switzerland» mit allerlei hilfreichen

Tipps für Wirtschaftskriminelle heraus: von fürsorglichen Anwält*innen über eine schleppende Justiz und lächerliche Geldstrafen bis hin zu kreativen Firmenkonstrukten. Im Rahmen unserer Kampagne zeigten wir zudem auf, wie viele Briefkastenfirmen in den Anwaltskanzleien und Treuhandbüros in Genf, Freiburg, Zug und im Tessin spriessen. Scheinfirmen sind nicht per se illegal, doch tauchen sie immerhin in der Hälfte aller Meldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei auf. Und in fast 12 Prozent der Fälle sind sie in der Schweiz registriert.

Die Büchse der Steuer-Pandora

Nur kurz nach dem Start unserer Kampagne kündigte das Internationale Konsortium Investigativer Journalist*innen die Veröffentlichung der Pandora Papers an, einem gigantischen Datenleck von 12 Millionen Dokumenten.

Wie fünf Jahre zuvor bei den Panama Papers stand die Schweiz erneut im Rampenlicht. Von den 20 000 Offshore-Strukturen, die allein von der panamaischen Firma Alcojal geschaffen wurden, sind mehr als ein Drittel mit Schweizer Anwalt*innen, Treuhänder*innen und anderen Berater*innen verbunden. Diesem System fällt in erster Linie die Bevölkerung des globalen Südens zum Opfer, der Staatseinnahmen vorenthalten werden. Statt Schulen und Krankenhäuser werden damit private Villen und Yachten finanziert. Dies hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit in der Schweiz jedoch nicht dazu bewogen, die Beratungstätigkeiten für Briefkastenfirmen und andere Firmenkonstrukte dem Geldwäschereigesetz zu unterstellen.

Um nicht länger ein Paradies für Wirtschaftskriminelle zu sein, muss die Schweiz dringend Massnahmen ergreifen. Während unsere Nachbarländer die Notwendigkeit eines öffentlichen Registers der wirtschaftlich Berechtigten erkannt haben, weigert sich der Bundesrat, ein solches für die Schweiz zu schaffen. Diese Register, die die wahren Eigentümer*innen von Unternehmen ausweisen, gelten als eine der wirksamsten Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Deshalb haben wir zusammen mit über 24 000 Petitionsunterzeichnenden den für die Geldwäschereibekämpfung zuständigen Bundesrat Ueli Mauer «bestochen», denn

wir haben «kä Luscht» darauf, dass die Schweiz ein Schlupfloch für Kriminelle bleibt.

Und wo wir gerade bei Offshore-Pirat*innen sind: Der Fall Tuna Bonds, jener Kredite in Höhe von 2 Milliarden US-Dollar, die Mosambik die Anschaffung von Fischkuttern und Schnellbooten ermöglichen sollte, ist um ein Kapitel reicher geworden. Die Credit Suisse erklärte sich im Herbst bereit, den Regulierungsbehörden der USA und Grossbritanniens eine Busse von 475 Millionen Dollar zu zahlen und dem afrikanischen Land, das den Grossteil des Kredits in der Korruption hat versickern sehen, 200 Millionen Dollar Schulden zu erlassen. Auch die Schweizer FINMA hat ihre Untersuchung des Skandals abgeschlossen und schwere Mängel im konzernweiten Risikomanagement, des internen Kontrollsystems sowie bei der Bekämpfung von Geldwäscherei festgestellt.

Das grösste Datenleck des afrikanischen Kontinents

Wir bleiben in Afrika, diesmal in der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Das grösste Datenleck des Kontinents ermöglichte es einem Konsortium aus Medien und NGOs, darunter Public Eye, die Korruptionsmechanismen der kongolesischen Elite unter Joseph Kabilas Regentschaft (2001 bis 2019) im Detail aufzuzeigen. Insgesamt wurden die Staatskassen um 138 Millionen Dollar erleichtert. Nach

sechsmonatiger Arbeit im Rahmen dieser neuartigen Allianz von Medien und NGOs, die sich Ende November unter dem Titel «Congo Hold-Up» zusammengeschlossen hat, konnten wir nachweisen, wie die Fäden nicht zuletzt in der Schweiz zusammenlaufen. So stellte sich heraus, wie eine Briefkastenfirma des Kabila-Clans über ein Genfer UBS-Konto ein Gebäude erwarb, welche Rolle die Schweiz bei den politischen Intrigen rund um die Wahlen in der DRK spielte, wie ein unter Sanktionen stehendes libanesisches Netzwerk von seiner Genfer Bank aus Geschäfte machte und was es mit Kabilas Geisteruhren auf sich hat.

Die Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten. Der Kabila-Clan sprach von «Kabila-Bashing» und einer «ungerechtfertigten Verbissenheit okkultur Mächte, die die Souveränitätsentscheidungen» des ehemaligen Präsidenten «nie verdaut haben». Die derzeitige Regierung sieht das anders. Bereits am Tag nach den Enthüllungen erteilte die Justizministerin dem Generalstaatsanwalt die Anordnung, eine gerichtliche Untersuchung über die jüngsten «Enthüllungen über die Veruntreuung öffentlicher Gelder, in die mehrere kongolesische und internationale Unternehmen verwickelt sind», einzuleiten. In Kinshasa wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Joseph Kabilas Clan eröffnet. In der Schweiz wartet man bisher vergeblich auf regulatorische Verschärfungen. ■

Ausblick

- ▶ Auch im Jahr 2022 schauen wir genau auf die Schweizer Politik zur Geldwäscherei- und Korruptionsbekämpfung. Ein erster wichtiger Termin steht schon fest: An ihrem Treffen im Februar will die internationale Financial Action Task Force die Empfehlung 24 überarbeiten, die den Mindeststandard im Bereich der Transparenz von juristischen Personen regelt. Es geht dabei insbesondere um die Offenlegung der wirtschaftlich Berechtigten an juristischen Personen – also der natürlichen Personen, von denen diese tatsächlich kontrolliert werden. Sollte der Entwurf von den Mitgliedsstaaten angenommen werden, müsste die Schweiz ihre bisherige Regulierung in diesem Bereich anpassen.
- ▶ Die SP hat in der Wintersession verschiedene Vorstösse eingereicht, um das Schweizer Dispositiv zur Geldwäscherei- und Korruptionsbekämpfung zu verbessern. Auch hier schauen wir genau hin, ob der Bundesrat und eine Parlamentsmehrheit gewillt sind, diese dringend notwendigen Gesetzesänderungen anzupacken.

Big Pharma tanzt uns auf der Nase herum

Für die Pharmakonzerne ist die Covid-19-Krise ein riesiges Geschäft. Public Eye hat in einer Kampagne das Geschäftsmodell von Big Pharma kritisiert. Die Schweiz ist dabei sowohl Komplizin als auch Geisel der Industrie. Leidtragend ist vor allem die Bevölkerung in einkommensschwächeren Ländern.

Zwei Jahre nach dem Beginn der Pandemie ist die Bilanz ernüchternd: Pfizer/Biontech und Moderna verdienen mit ihren Covid-19-Impfstoffen 65 000 Franken pro Minute und machen riesige Profite. Doch deren Entwicklung beruht zum grössten Teil auf jahrelanger öffentlicher Forschung und wurde seit Beginn der Pandemie mit über 100 Milliarden Franken subventioniert. Allein schon aufgrund dieser massiven öffentlichen Investitionen sollten Covid-19-Impfstoffe ein Gemeingut sein. Stattdessen lachen sich die Pharmakonzerne ins Fäustchen, weil die Regierungen es verpasst haben, die öffentlichen Gelder an Bedingungen zu knüpfen, und aktuell einige wenige Konzerne kontrollieren, wer wann und zu welchem Preis Zugang zu Covid-19-Technologien erhält.

Auch die Basler Pharmariesen mischen dabei kräftig mit. Zwar hat Novartis seine Impfstoffsparte vor eini-

gen Jahren verkauft. Aber über Produktionsaufträge kann sich der Konzern dennoch ein schönes Stück vom Corona-Kuchen abschneiden und hofft, dass sich die angekündigten eigenen Produkte noch bewähren. Roche ist derweil dick im Geschäft mit Tests und die nächste Goldgrube wartet schon um die Ecke: Zwei seiner Covid-19-Medikamente hat die Weltgesundheitsorganisation zur Behandlung empfohlen.

Reiche Länder haben sich das Mehrfache der benötigten Impfdosen gesichert und in den ärmsten Ländern sind gerade mal 5,2 % der Bevölkerung vollständig geimpft. Internationale Mechanismen für einen gerechten Zugang zu Covid-19-Technologien werden von der Pharmedia massiv bekämpft und von reichen Ländern, allen voran der Schweiz, blockiert oder sie kommen nur sehr zögerlich voran.




GERECHTE SPIELREGELN
statt
PFLÄSTERLIPOLITIK


Die Pandemie als Vergrößerungsglas für das Geschäftsmodell der Industrie

Im Frühjahr 2021 hat Public Eye in einem Bericht die zehn Strategien der Pharmakonzerne für den grösstmöglichen Gewinn aufgezeigt. Grundlegend für das Geschäftsmodell der Pharmaindustrie sind die Sozialisierung von Risiken und die Privatisierung von Gewinnen. Geistige Eigentumsrechte wie Patente führen zu einer Monopolstellung und sollen Pharmakonzerne für ihre Investitionen entschädigen. Tatsächlich werden die Risiken für Forschung und Entwicklung aber durch massive öffentliche Gelder minimiert. Konservative Schätzungen gehen von durchschnittlich 30% der globalen jährlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben aus. Bei Behandlungen, die für Pharmakonzerne nicht profitabel sind, weil sie etwa Menschen in einkommensärmeren Ländern betreffen, ist der Anteil der öffentlichen Investitionen sogar doppelt so hoch. Gleichzeitig missbrauchen Pharmakonzerne ihre Monopolmacht und setzen immer höhere Preise. Dies ist besonders verheerend für Menschen in einkommenschwächeren Ländern, stellt aber auch für reiche Länder ein immer grösseres Problem dar.

Diese Strategien setzen Pharmakonzerne auch in der aktuellen Krise ein. Deshalb haben wir in einer Petition, die von über 20 000 Menschen unterstützt wurde,

zusammen mit Amnesty Schweiz gefordert, dass sich der Bundesrat für einen weltweit gerechten Zugang zu Mitteln zur Bekämpfung von Covid-19 einsetzt. Konkret fordert Public Eye, dass die Schweiz die temporäre Aufhebung der geistigen Eigentumsrechte für Mittel zur Bekämpfung von Covid-19 (TRIPS-Ausnahmeregelung) und den internationalen Technologietransfer unterstützt. Damit könnten Unternehmen weltweit in die Produktion einsteigen, was zu einer Erhöhung der Menge und sinkenden Preisen führen würde. Auch wenn die für Ende 2021 in Genf geplante Ministerkonferenz aufgrund der Pandemie verschoben werden musste, könnte die Weltgesundheitsorganisation jederzeit noch beschliessen, die TRIPS-Ausnahmeregelung zu verabschieden. Dies sollte sie dringend tun, nachdem dieses Geschäft über ein Jahr lang blockiert war und Millionen von Menschen gestorben sind, weil es keinen Zugang zu Impfstoffen oder Behandlungen gab.

Zudem soll der Bundesrat die Kaufverträge für Impfstoffe veröffentlichen. Die Einsicht in diese Verträge wurde bislang trotz mehreren Anfragen über das Öffentlichkeitsgesetz verweigert. An die Öffentlichkeit gelangte vertrauliche Verträge der EU zeigen aber ein erschreckendes Bild: Pharmakonzerne haben darin zahlreiche Bedingungen in Bezug auf die Befreiung von Haf-

tungsrisiken und die Kontrolle über die Spende nicht benötigter Impfdosen verankert. Public Eye hat allen Grund zur Annahme, dass die Verträge der Schweiz mit den Pharmakonzernen ähnlich aussehen.

Es braucht ein grundsätzliches Umdenken

Die fehlende Transparenz und die Komplizenschaft der Schweiz mit dem profitorientierten Geschäftsmodell machen die Regierung aufgrund der immer verheerenden Machtasymmetrie und Abhängigkeit gleichermassen zur Geisel der Industrie. Es ist jedoch die Aufgabe des Staates, das Menschenrecht auf Gesundheit zu gewährleisten und dessen Verwirklichung in anderen Ländern nicht durch seine Aussenpolitik zu gefährden. Ein integraler Bestandteil des Rechts auf Gesundheit ist der Zugang zu Medikamenten. Wenn die Schweiz entscheidet, die Medikamentenversorgung zu privatisieren, muss sie eine wirksame Kontrolle über die privaten Akteure und Sanktionsmöglichkeiten sicherstellen. Konkrete Schritte sind Transparenzvorschriften über öffentliche und private Investitionen und die Preise. Gleichzeitig muss die staatliche Subventionierung an Bedingungen zu Zugang und Preis geknüpft werden. ■

Ausblick

- ▶ Es braucht Transparenz über die Forschungs- und Entwicklungskosten, denn damit rechtfertigen Konzerne ihre Monopolmacht und die hohen Preise. Nachbarländer haben bereits konkrete Massnahmen umgesetzt – die Schweiz muss nachziehen.
- ▶ Public Eye will Intransparenz bei Medikamentenpreisen verhindern. Wir haben uns gegen die gesetzliche Verankerung von Geheimrabatten ausgesprochen, welche der Bundesrat in der Revision des Krankenversicherungsgesetzes vorgeschlagen hat. Wir bleiben im Jahr 2022 dran.
- ▶ Es braucht Transparenz über die Durchführung und Ergebnisse klinischer Versuche und auch bei deren Auslagerung ins Ausland müssen die Menschenrechte eingehalten werden. Public Eye wird sich in der Schweiz bei anstehenden Gesetzesrevisionen dafür einsetzen.
- ▶ Public Eye wird sich weiterhin für einen gerechten Zugang zu Mitteln zur Bekämpfung von Covid-19 einsetzen. Zusätzlich zu Impfstoffen betrifft dies zunehmend auch den Zugang zu Covid-19-Medikamenten.



statt regelwidrige Taktik

Kampf für Löhne in der Pandemie und Einsatz für mehr Fairness im Onlinehandel

Millionen von Näher*innen haben seit Beginn der Pandemie ihre Arbeit verloren und massive Lohneinbussen hinnehmen müssen. Doch globale Modeunternehmen ziehen sich mit fadenscheinigen Ausreden aus der Verantwortung. Wir haben ihre Ausreden analysiert und zeigen, was die Modefirmen tun müssten – und könnten. Public Eye hat 2021 auch die Unterzeichnung des neuen internationalen Abkommens für Gesundheit und Sicherheit eingefordert und die Produktionsbedingungen beim Online-Billigmodegiganten Shein offengelegt.

Die Armutslöhne in der globalen Textilindustrie erlauben schon vor der Krise keine Rücklagen für Notsituationen. Die Covid-19-Pandemie hat die Lage noch verschärft. Gemäss Schätzungen der Clean Clothes Campaign (CCC) fehlen den Textilarbeiter*innen allein für März 2020 bis März 2021 Löhne in der Höhe von fast 12 Milliarden US-Dollar. Zudem hat Public Eye zusammen mit lokalen Gewerkschaften berechnet, dass allein im April und Mai 2021 den Textilarbeiter*innen in Kambodscha, die Kleider für Unternehmen wie Adidas, C & A, H & M, Inditex oder Nike herstellen, Löhne von geschätzt

109 Millionen US-Dollar vorenthalten wurden. Seit Beginn der Pandemie waren es insgesamt sogar fast 400 Millionen.

Gemeinsam mit Gewerkschaften und Aktivist*innen haben wir internationale Modeunternehmen aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Arbeiter*innen auch während der Pandemie geschützt sind und ihren Lohn erhalten. Doch rund ein Dutzend Antworten auf einen dringenden Aufruf der kambodschanischen Gewerkschaften zeigen: Die Unternehmen drücken sich nicht nur davor, die Lohnlücke zu schliessen (d. h. die Differenz

zwischen den derzeitigen Löhnen und denen vor der Pandemie auszugleichen); die meisten weigern sich gar, das Kernproblem anzuerkennen und eine klare Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften zu geben.

Als Reaktion auf diesen massiven Lohndiebstahl fordert die CCC mit der Kampagne #PayYourWorkers seit April von Modefirmen und Detailhändlern, dass sie Löhne und Abfindungen sicherstellen und Arbeitsrechte respektieren. Die Kampagne wird von über 230 Organisationen weltweit unterstützt und in der Schweiz haben über 13 000 Menschen die Petition bereits unterzeichnet. Mit zahlreichen Reportagen hat die CCC zudem in den vergangenen Monaten ausführlich über den Lohndiebstahl der Modeunternehmen informiert und ausgefallene Strassen- und Onlineaktionen durchgeführt. Zusammen kämpfen wir für die Zahlung der Löhne an die Arbeiter*innen und die Einhaltung der Rechte der Gewerkschaften.

Durchbruch: neues internationales Abkommen für Gesundheit und Sicherheit

Nach monatelangen Verhandlungen über die Fortführung des Bangladesh Accords (Abkommen zur Gebäudesicherheit in der bangladeschischen Textilindustrie) einigten sich die internationalen Gewerkschaftsverbände und Vertreter*innen der Modefirmen auf ein neues internationa-

les Abkommen für Gesundheit und Arbeitssicherheit. Es ist seit dem 1. September 2021 in Kraft und bewahrt nicht nur das durch den Bangladesh Accord eingeführte, erfolgreiche Modell, sondern baut es weiter aus. Während der Accord auf Bangladesch beschränkt war, ist es nun möglich, das rechtlich verbindliche Abkommen auch auf andere Länder auszuweiten. Es ist in seiner heutigen Ausprägung ein grosser Erfolg des monatelangen Kampfes der Koalition aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, unter anderen der CCC.

Die Mehrheit der Schweizer Modeunternehmen steht beim neuen internationalen Abkommen für Gesundheit und Arbeitssicherheit jedoch abseits. Bisher wollen von den Firmen, die in Bangladesch produzieren lassen, erst Coop, Migros, Tally Weijl und Triumph unterzeichnen. Mammut bleibt Trittbrettfahrer, Manor prüft derzeit gemäss eigenen Angaben einen Beitritt und Chicorée, Intersport International sowie Zebra äussern sich nicht. Wir erwarten von diesen Firmen, dass sie ihren Beitrag zur Sicherheit der Arbeiter*innen leisten und jetzt das Abkommen unterzeichnen. Sobald dieses auf weitere Länder ausgeweitet wird, müssen zusätzlich alle Modeunternehmen beitreten, die in den entsprechenden Ländern produzieren lassen. Workfashion und Nile haben dies bereits zugesichert.

Hinter den Glitzerkulissen des chinesischen Online-Moderiesen Shein

Im letzten Jahr haben wir zudem Recherchen in der Lieferkette des chinesischen Online-Moderiesen Shein durchgeführt. Obwohl viele Menschen von Shein noch nie gehört haben, lässt das Unternehmen Konzerne wie H & M oder das Zara-Mutterhaus Inditex alt aussehen. In den USA wurde die Shein-App im Frühling 2021 häufiger heruntergeladen als jene von Amazon. Auch umsatzmässig konnte Shein im letzten Jahr schon zu H & M aufschliessen. Mit einem Produktionszyklus von drei bis vier Wochen galt Zara bislang als Inbegriff von Fast Fashion. Shein soll ein Kleid innert einer Woche produzieren können – vom Design bis zur Verpackung. Public Eye wollte wissen, wer den Preis für diese supergünstige Ultra Fast Fashion zahlt.

Chinesischen Rechercheur*innen ist es im Auftrag von Public Eye gelungen, einige Zulieferbetriebe von Shein in Guangzhou zu besuchen. Die aus ärmeren chinesischen Provinzen stammenden Arbeiter*innen berichten von elf bis zwölf Stunden Arbeit pro Tag, bei nur einem freien Tag im Monat. Das ergibt über 75 Stunden pro Woche, was nicht nur den Verhaltenskodex von Shein, sondern auch das chinesische Arbeitsrecht verletzt. Unsere Reise ins Innere des verschwiegenen Ultra-

Fast-Fashion-Leaders führte auch ins europäische Logistikzentrum in Belgien, wo wir ebenfalls prekäre Arbeitsbedingungen vorfanden. ■

Ausblick

- ▶ Shein steht beispielhaft für einen enorm wachsenden Onlinehandel, dessen Umsatz während der Covid-19-Pandemie explodiert ist – dies auf Kosten der Arbeiter*innen entlang der gesamten Lieferkette. Doch wie sieht es mit sozialen Mindeststandards bei anderen grossen Händlern aus? Wie sich die E-Commerce-Branche entwickelt und welche politischen Rahmenbedingungen gesteckt werden müssten, um Überstunden, prekäre Arbeitsbedingungen und Armutslöhne zu verhindern, wird uns auch in diesem Jahr beschäftigen.
- ▶ Das dominante, auf kontinuierlich hohes Wachstum setzende Geschäftsmodell der Fast-Fashion-Industrie basiert auf menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, und es verursacht immense ökologische und klimatische Probleme. Zunehmend beschäftigen wir uns daher mit der Frage, wie eine Textilindustrie aussehen müsste, die sozial und ökologisch nachhaltig aufgebaut ist, und welche Wege es hin zu einer entsprechenden Transformation der Industrie gibt.

Syngentas tödliche Gifte unter Druck

Mit den Paraquat Papers konnten wir erstmals aufzeigen, dass Syngenta und seine Vorgängerfirmen seit Jahren um die Gefährlichkeit des gleichnamigen Herbizids wussten. Und dennoch hält der Konzern bis heute am Geschäft mit Paraquat fest. Auch die Exporte von in Europa verbotenen Bienengiften rücken Syngenta in ein schiefes Licht. Zunehmend anerkennt die Politik den Handlungsbedarf.

Seit mehr als zwanzig Jahren kämpfen wir und unsere Vorgänger*innen bei der Erklärung von Bern dafür, dass der Basler Agrochemieriese den Verkauf eines seiner umstrittensten Produkte einstellt: Paraquat. Die versehentliche oder vorsätzliche Einnahme einer geringen Menge dieses Herbizids endet fast immer tödlich. Deswegen haben die Schweiz, die EU-Staaten und zahlreiche andere Länder Paraquat verboten. Dennoch hält Syngenta an seinem Herbizid fest, das bei vorschriftsgemässer Anwendung «sicher» sei.

Hochbrisante Recherche-Ergebnisse

Eine Fülle an internen Firmendokumenten, die letztes Jahr ans Licht kamen, lassen grosse Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Aussage aufkommen. Zusam-

men mit Unearthed, der Investigativabteilung von Greenpeace Grossbritannien, haben wir Hunderte von Seiten interner Korrespondenz analysiert. Die im Frühjahr 2021 publizierten Ergebnisse sind hochbrisant: Sie zeigen, dass der Konzern und seine Vorgängerunternehmen seit Jahrzehnten die Gefährlichkeit des Herbizids kannten und auch wussten, dass das Brechmittel, das ihrem Paraquat-Produkt zugesetzt wird, Todesfälle durch Vergiftungen nicht verhindern kann. Trotzdem liessen sie diverse Aufsichtsbehörden über Jahre im Glauben, dass die Beigabe des Brechmittels Leben rette – aus rein kommerziellen Interessen. Dies bestätigen exklusive Aussagen des ehemaligen Syngenta-Mitarbeiters und Professors für Toxikologie Jon Heylings. Währenddessen starben insbesondere in Entwicklungs- und



PESTIZIDE
IM ABSEITS

Schwellenländern Tausende Menschen an Vergiftungen durch Paraquat.

Der Export von Paraquat aus der Schweiz wurde 2020 verboten. Doch Syngenta produziert noch heute jedes Jahr viele Tausend Tonnen des Herbizids, mehrheitlich in seiner Fabrik in Huddersfield, Grossbritannien, und vertreibt es in Ländern wie Indien, Mexiko oder Südafrika. Wir engagieren uns dafür, dass auch diese Exporte gestoppt werden und Paraquat international geächtet wird.

Syngenta exportiert Tausende Tonnen Bienengifte

Auch andere umstrittene Spritzmittel Syngentas hielten uns im letzten Jahr auf Trab. Auf der Basis zuvor vertraulicher Ausfuhrdaten enthüllten wir im Herbst 2021, dass Agrochemiekonzerne im Jahr 2020 innerhalb von nur vier Monaten fast 3900 Tonnen Bienengifte aus der Europäischen Union exportiert hatten. Es handelt sich um drei Insektizide auf Basis sogenannter Neonicotinoide, die für Bienen und andere Bestäuber erwiesenermassen hochgiftig sind. Obschon die EU und die Schweiz diese Insektizide auf ihren eigenen Feldern verboten haben, erlauben sie ihren Firmen, diese auf EU-Boden zu produzieren und von dort zu exportieren. Syngenta allein war für fast drei Viertel der Gesamtmenge dieser Exporte verant-

wortlich. Unter den wichtigsten Importeuren sind Länder wie Brasilien, Indonesien oder Südafrika, die für die Biodiversität weltweit von grosser Bedeutung sind. Rückstände dieser Pestizide können über Lebensmittelimporte zurück nach Europa gelangen.

Doch die EU plant nun, die Einfuhr von Lebensmitteln zu stoppen, wenn darin Spuren von Pestiziden enthalten sind, die zu globalen Umweltproblemen beitragen – allen voran die Neonicotinoide, die «besonders giftig für Bienen» seien und «erheblich zum Rückgang der Bestäuberpopulationen» beitragen würden, wie die Kommission uns im Oktober 2021 auf Anfrage schrieb.

Derweil sind Exporte solch verbotener Pestizide aus der EU weiterhin möglich. Jedoch zeichnet sich ein Kurswechsel ab: Nachdem wir bereits zu einem früheren Zeitpunkt auf Exporte verbotener Pestizide aufmerksam gemacht hatten, kündigte die Europäische Kommission im Oktober 2020 überraschend an, diese problematische Praxis beenden zu wollen. Und im Frühjahr 2021 begrüsste der EU-Rat «ausdrücklich» das Bestreben, international eine «Führungsrolle im vernünftigen Umgang mit Chemikalien und Abfällen einzunehmen». Unter dem Druck diverser Mitgliedstaaten – insbesondere Deutschland, Italien und Ungarn – äusserte sich der Rat jedoch nicht eindeutig zu einem möglichen Exportverbot. Andere

EU-Staaten wie Belgien, Dänemark und Frankreich teilten uns hingegen mit, dass sie ein solches ausdrücklich befürworteten. Nun sind alle Augen auf die Kommission gerichtet, die einen konkreten Gesetzesvorschlag machen wird.

Toxische Partnerschaft zwischen der UNO und der Pestizidindustrie

Während in Europa also zumindest intensiv um eine politische Lösung gerungen wird, fehlt auf internationaler Ebene (UNO) noch immer jegliche effektive Regulierung hochgefährlicher Pestizide. Noch ist unklar, ob sich das erklärte Ziel der UNO-Landwirtschaftsorganisation FAO und der Weltgesundheitsorganisation, die giftigsten Pestizide weltweit schrittweise zu eliminieren, durchsetzen wird.

Und die UNO scheut sich offenbar nicht davor, die Zusammenarbeit mit den Produzenten hochgefährlicher Pestizide zu verstärken: Die FAO hat unlängst eine umfassende strategische Partnerschaft mit dem grössten Lobbyverband der Pestizidindustrie, CropLife International, besiegelt. Die UNO-Organisation will also den Bock zum Gärtner machen und ausgerechnet mit denjenigen Firmen eng zusammenarbeiten, die einen Grossteil der Probleme erst verursacht haben. Dagegen wehrt sich Public Eye zusammen mit zahlreichen anderen Organisationen, Wissen-

schaftler*innen, Landwirt*innen und Bürger*innen weltweit: Im Dezember 2021 wurden der FAO in Rom mehr als 187 000 Unterschriften übergeben, mit der Forderung, diese toxische Partnerschaft zu beenden. ■

Ausblick

- ▶ 2022 muss die EU ihren Worten endlich Taten folgen lassen. Wir fordern verbindliche politische Lösungen: Der toxische Kreislauf des Exports und Imports verbotener Pestizide muss ein Ende haben. Dasselbe gilt für die Schweiz und Grossbritannien.
- ▶ Auf UNO-Ebene wird der künftige Umgang mit gefährlichen Chemikalien und Pestiziden verhandelt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwendung hochgefährlicher Pestizide bis 2030 eingestellt wird. Weltweite Verbote sind nötig, um den Verkauf der giftigsten Substanzen in Ländern mit schwächeren Vorschriften effektiv zu verhindern.
- ▶ Natürlich schauen wir den Agrochemiekonzernen weiterhin auf die Finger, die sich zunehmend in besonders benachteiligten Weltgegenden ausbreiten.



ROTE KARTE
FÜR
KONZERN-FOULS

Von den Hügeln Guineas bis ins Amazonasgebiet

Aufsehenerregende Prozesse sowie Strafverfahren nach unseren Recherchen an der Quelle des schwarzen Goldes: 2021 war für die Trading-Industrie ein nervenaufreibendes Jahr. Da sich unsere Legislative weigert, ihre Arbeit zu tun, bleibt nur die Justiz, um die Rohstoffhändler in die Schranken zu weisen.

Wie bereits erwähnt (*siehe Seite 5*), stand der Jahresbeginn im Zeichen des Prozesses gegen Beny Steinmetz. Dieser stand in Genf vor Gericht, weil er fremde Amtsträger*innen bestochen und Urkunden gefälscht hatte, um sich eine Förderlizenz für das Eisenvorkommen in den Simandou-Hügeln von Guinea zu sichern. Mit ihm auf der Anklagebank: ein etwas zu redseliger Mittelsmann und die treue Geschäftsführerin seiner BSGR-Gruppe, die in Genf den Aufbau und die Verwaltung der verschiedenen zugehörigen Briefkastenfirmen kontrollierte. Nach einem langwierigen Prozess, der Journalist*innen aus aller Welt in Atem hielt, haben die Richter*innen am 22. Januar ihr Urteil gefällt und alle drei schuldig gesprochen.

Die höchste Strafe erhielt Beny Steinmetz, der zuvor von der Genfer Pauschalsteuer profitierte. Er wurde zu fünf Jahren Gefängnis unbeding und einer Kompensationszahlung von 50 Millionen Franken verurteilt, wegen Organisation eines «Korruptionspakts» mit der Frau des Ex-Präsidenten von Guinea, Lansana Conté. Prompt verkündete Marc Bonnant, der Anwalt des französisch-israelischen Minenmagnaten, er sei bereit, «bis vor Gott zu gehen, wenn es sein muss». Dazu kam es jedoch nicht. Der Anwalt erklärte gegenüber unseren Kolleg*innen des Rechercheportals Gotham City, er vertrete die Interessen von Beny Steinmetz nicht mehr länger. Die drei Verurteilten haben gegen ihr Urteil Berufung eingelegt.

Gunvors Raubzug im Amazonasgebiet

Im Juni machte sich Public Eye auf ins ecuadorianische Amazonasgebiet. Das für die zahlreichen indigenen Ethnien heilige Land im Osten Ecuadors hat sich noch immer nicht vom jahrzehntelangen Raubbau erholt. Das Rohöl aus seinem Boden füllt unterdessen die Kassen von Gunvor. Der Genfer Rohstoffhandelskonzern positionierte sich zum richtigen Zeitpunkt als Vermittler zwischen der staatlichen Gesellschaft Petroecuador und ihren chinesischen und thailändischen Pendants. Raymond K., ein ehemaliger Gunvor-Mitarbeiter, gab im April letzten Jahres vor der US-Justiz zu, zwischen 2012 und 2019 Provisionen in der Höhe von 70 Millionen US-Dollar gezahlt zu haben. Davon waren über 22 Millionen Bestechungsgelder an drei ecuadorianische Beamte; die Zahlungen hatten zum Ziel, für Gunvor – bereits 2019 wegen ähnlicher Vorfälle in Kongo-Brazzaville verurteilt – vorteilhafte Verträge zu ergattern.

Kurz nach der Publikation unserer Recherche eröffnete die Bundesanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Unbekannt im Zusammenhang mit der mutmasslichen Bestechung ecuadorianischer Amtsträger*innen und Geldwäscherei. Neben den bereits von der ecuadorianischen und der US-amerikanischen Justiz eingeleiteten Ermittlungen also ein weiteres Verfahren. ■

Ausblick

► Seit ein paar Monaten scheint Bewegung in die Verfahren gegen Glencore zu kommen. Letztes Jahr hat die Bundesanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen den Zuger Rohstoffriesen wegen Verdachts auf Korruption in der Demokratischen Republik Kongo endlich intensiviert. Im vergangenen Juli erwirkte die US-Justiz ein Geständnis eines ehemaligen Glencore-Mitarbeiters: Im Austausch gegen Rohöllieferungen hatten Regierungsbeamt*innen in Nigeria Schmiergelder erhalten. Dass am Hauptsitz des Konzerns Unruhe herrscht, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sein CEO Ivan Glasenberg in den Ruhestand getreten ist und der Verwaltungsrat fast vollständig neu besetzt wurde. Ein Urteil wird in diesem Jahr erwartet.

► 2022 werden wir ausserdem zu den neuen Grenzen der Rohstoffausbeutung und zum Fortbestehen gewisser fossiler Energieträger, die unsere Umwelt noch immer vergiften, recherchieren. Und natürlich nehmen wir auch weiterhin die dubiosen Geschäfte der Schweizer Rohstoffkonzerne unter die Lupe. Wer als nächstes in die Mangel genommen wird, ist noch geheim. Aber es bleibt spannend, garantiert!

Fehlender Wille für Konzernregulierung

Nachdem die Konzernverantwortungsinitiative knapp am Ständemehr scheiterte, wurde der Weg frei für den schlechten indirekten Gegenvorschlag des Parlaments. In seiner Ausführungsverordnung verschlimmbesserte der Bundesrat diesen sogar noch weiter.

Das Jahr 2021 stand leider im Zeichen des unbrauchbaren indirekten Gesetzesvorschlags zur Konzernverantwortungsinitiative. Dieser ist das Resultat einer Hau-ruck-Übung des Bundesrats und dementsprechend undurchdacht und lückenhaft. Vor allem werden unsere eigentlichen Anliegen überhaupt nicht aufgenommen: Schweizer Unternehmen sollen in ihrer globalen Geschäftstätigkeit Menschenrechte und Umwelt nicht gefährden. Zudem sollen die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Schweizer Unternehmen ihre Rechte auch vor Schweizer Gerichten durchsetzen können.

Der Gegenvorschlag umfasst lediglich Berichterstattungspflichten zu nichtfinanziellen Informationen wie beispielsweise Umwelt und Soziales und punktuelle, stark eingeschränkte Sorgfaltsprüfungspflichten in den Bereichen Konfliktmineralien und Kinderarbeit.

Schweizer Regulierung schon vor Inkrafttreten veraltet

Die neue Berichterstattungspflicht stützt sich auf die EU-Richtlinie zu nichtfinanziellen Informationen aus dem Jahr 2014, die aber aufgrund ihrer geringen Wirkung momentan revidiert wird. Auch im Bereich der Pflicht zur Sorgfaltsprüfung ist der Gegenvorschlag nur eine schlechte Kopie des niederländischen Sorgfaltsgesetzes zu Kinderarbeit und der EU-Verordnung für Konfliktmineralien. Zudem werden momentan sowohl in der EU wie in den Niederlanden Gesetze mit verbindlichen und umfassenden menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflichten ausgearbeitet. Die Schweizer Konzernregulierung gerät also schon ins Hintertreffen, bevor sie überhaupt erst in Kraft tritt.

Public Eye beteiligte sich daher gemeinsam mit 87 Organisationen und über 20 000 Privatpersonen am

Vernehmlassungsverfahren zur Ausführungsverordnung über die Sorgfaltspflichten. Obwohl die Ausführungsverordnung des Bundesrats auf viel Kritik stiess, setzte dieser den Gegenvorschlag auf Anfang dieses Jahres in Kraft.

Diverse europäische Staaten ziehen davon

Währenddessen ziehen diverse europäische Länder in punkto Konzernregulierung an uns vorbei. Im Juni letzten Jahres verabschiedete Deutschland ein Lieferkettengesetz und Norwegen ein Transparenzgesetz, die beide verbindliche und umfassende Sorgfaltspflichten zu Menschenrechten und Umwelt einführen. Des Weiteren forderte das Europäische Parlament die EU-Kommission im März 2021 auf, ein Gesetz zu den Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten von Unternehmen auszuarbeiten. Die Kommission beabsichtigt, Anfang 2022 ihren Vorschlag für ein solches Gesetz zu veröffentlichen. Public Eye vertritt die Schweizer Koalition Konzernverantwortung im Vorstand der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) und setzte sich in dieser Funktion für ein starkes Sorgfaltspflichtengesetz innerhalb der EU ein. ■

Ausblick

- ▶ In Anbetracht der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen in globalen Wertschöpfungsketten werden wir uns auch 2022 für eine Konzernregulierung in der Schweiz sowie in der EU einsetzen. Dazu recherchieren und veröffentlichen wir Missstände im Umfeld von Schweizer Konzernen im Rohstoffsektor, im Agrarhandel, in der Textil-, Chemie- und Pharmabranche.
- ▶ Als Schweizer Vertretung im Vorstand der ECCJ werden wir die zivilgesellschaftliche Kampagne und Lobbyarbeit für eine EU-weite Konzernregulierung aktiv mitgestalten.
- ▶ Ferner arbeiten wir gemeinsam mit ECCJ und weiteren Partnerorganisationen aus Kanada, den USA und Grossbritannien an der neuen Website von Business & Human Rights in Law. Diese dokumentiert, bewertet und vergleicht die Rechtsentwicklungen und Gerichtsentscheide zur Konzernverantwortung in verschiedenen Ländern.



Aufgedeckt:
ABGEKARTETE SPIELE

Schweizer Agrarhändler als Plantagenbesitzer

Mittlerweile ist aufgrund unserer Recherchen weitgehend bekannt, dass die grossen Agrarhändler wichtige Handelsniederlassungen in der Schweiz haben. Dass die Schweizer Händler auch Plantagenbesitzer sind, ist hingegen neu. Dies deckten wir 2021 in unserer Reportage «Schweizer Plantagen» auf und beleuchteten die dort bestehenden Missstände.

Lange präsentierten sich die Agrarhändler als reine Logistikfirmen, deren Geschäft sich darauf beschränkte, Landwirtschaftsgüter von A nach B zu verschiffen. Tatsächlich aber haben sie sich längst zu hochgradig integrierten Agro-Food-Konzernen entwickelt und ihre Tätigkeiten laufend entlang globaler Wertschöpfungsketten ausgedehnt, teilweise bis in den Anbau. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat Public Eye erstmals systematisch untersucht, wo und auf wie viel Land die Schweizer Trader welche Agrarrohstoffe anbauen. Und wir haben beleuchtet, welche Missstände es im Zusammenhang mit ihren Plantagen gibt.

Die Plantagen der Schweizer Händler

Die von Schweizer Händlern kontrollierten Plantagen umfassen insgesamt eine Fläche von über 2,7 Millionen Hektar. Das entspricht mehr als dem Sechsfachen des gesamten Schweizer Ackerlandes oder 50 Mal der Fläche des Bodensees. Unsere Pionierrecherche führten wir gemeinsam mit Partnerorganisationen aus den Produktionsländern durch. Dabei konnten wir insgesamt 561 Plantagen in 24 Ländern des globalen Südens identifizieren, die von Schweizer Agrarhändlern kontrolliert werden. Flächenmässig mit Abstand am meisten Land wird für die Produktion von Zuckerrohr verwendet, gefolgt von Palmöl.

Mit der – gegenüber einer Beschaffung über Zulieferer – direkteren Kontrolle über die Produktion der Agrarrohstoffe geht auch eine direktere Verantwortung für die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen sowie damit in Zusammenhang stehende Fragen zu Landrechten und Auswirkungen auf die Umwelt einher. Bei den Recherchen stiessen wir denn auch auf diverse Missstände.

Umweltvergehen, Folgen des Pestizideinsatzes und Landgrabbing

So baut etwa der Zuckertrader Biosev in der brasilianischen Region Lagoa da Prata auf gewissen Plantagen seit Jahren ohne Umweltlizenz Zuckerrohr an, weswegen sogar die Staatsanwaltschaft von Minas Gerais Anklage erhob. In Indonesien wiederum sehen sich indigene Gemeinschaften aufgrund einer Palmölplantage von Cargill ihrer Lebensgrundlage beraubt. Dieser seit über 20 Jahren schwelende Konflikt konnte bis heute nicht im Einklang mit den Rechten der Indigenen gelöst werden. Auch in Zusammenhang mit Kaffeeplantagen der Schweizer Trader in Uganda, Laos und Tansania kam es zu Vertreibungen.

Trotz dieser zahlreichen Missstände weigern sich Bundesrat und Parlament, den Rohstoffhandelssektor zu

regulieren. Diese Lücke versuchen Schweizer Nachbarländer sowie die EU mit verbindlichen Sorgfaltsprüfungen wenigstens ein Stück weit zu schliessen. Dies wäre auch hierzulande dringend nötig, wenn die offizielle Schweiz es ernst meinte mit ihrem Respekt für Mensch und Umwelt. Momentan sieht es nicht danach aus. Deshalb fordert Public Eye weiterhin eine Rohstoffmarktaufsicht für die Schweiz. ■

Ausblick

- Anhand eines spezifischen Falles schliessen wir an die Reportage zum Landbesitz der Schweizer Agrarhändler an: Wir zeigen auf, zu welchen Missständen es in Zusammenhang mit Plantagen eines Schweizer Händlers kommt und welche Konsequenzen dies für die Bevölkerung in den rohstoffproduzierenden Ländern hat.

Bewegt sich was?

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien hat gezeigt: Es braucht den stetigen Druck der Zivilgesellschaft, damit sich die Schweiz mit ihrer Handelspolitik in eine nachhaltigere Richtung bewegt. Gemeinsam mit Partnerorganisationen setzt sich Public Eye dafür ein, dass sie nicht auf halbem Weg stehenbleibt.

Die differenzierte Position von Public Eye in der Referendumsabstimmung zum Freihandelsabkommen mit Indonesien war eine kommunikative Herausforderung. Einerseits haben wir die Schwachstellen im Abkommen klar benannt und kritisiert, andererseits haben wir den in einem Schweizer Handelsabkommen erstmalig angewandten Ansatz unterstützt, wonach eine Zollreduktion nur für Palmöl gewährt wird, das gewissen Nachhaltigkeitsanforderungen genügt. Eine solche Verknüpfung fordert Public Eye seit Jahren, doch der Bundesrat hat sie bis anhin kategorisch abgelehnt. Diesen Gesinnungswandel werten wir als Erfolg unseres starken und anhaltenden Drucks auf die Schweizer Regierung, ihre Handelspolitik nachhaltiger auszurichten und damit besser mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen in Einklang zu bringen.

Gleichzeitig haben wir während und nach der Abstimmung deutlich gemacht, dass wir einen solchen Verknüpfungsansatz auch in künftigen Abkommen und für weitere sensible Produkte erwarten. So haben wir in unserer detaillierten Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen neben konkreten Verbesserungsvorschlägen die Forderung formuliert, dass dieser innovative Ansatz konsequent weiterentwickelt und ab sofort integraler Bestandteil der Schweizer Handelspolitik werden müsse. Ob unsere Regierung dazu bereit ist, wird sich spätestens bei der Veröffentlichung des Abkommens zwischen der EFTA und den Mercosur-Staaten in Südamerika zeigen. Sollte darin keine verbindliche Verknüpfung von Zollsenkungen mit Nachhaltigkeitsbestimmungen vorgesehen sein, wird Public Eye die Ratifizierung dieses Abkommens vehement bekämpfen.

Die Blockadehaltung der Schweiz

Unser Engagement gegen die Monopolisierung von Saatgut haben wir auch letztes Jahr weitergeführt. Bekanntlich verlangt die Schweiz in ihren Freihandelsabkommen regelmässig strenge Sortenschutzgesetze von ihren Handelspartnern, womit die Möglichkeit der Kleinbauern und -bäuerinnen eingeschränkt wird, ihr Saatgut frei zu verwenden. Doch genau diese freie Verwendung ist ein zentraler Pfeiler der Ernährungssouveränität und für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung.

Um auf die negativen Auswirkungen von strengen Sortenschutzgesetzen hinzuweisen, hat Public Eye gemeinsam mit Partnerorganisationen der Saatgut-Koalition eine Protestaktion vor dem Hauptsitz des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) in Genf durchgeführt. UPOV ist die treibende Kraft hinter den Bemühungen, die geistigen Eigentumsrechte auf Saatgut international auszuweiten – und die Schweiz ihre willfähige Handlangerin. Trotz all unseren Lobbybemühungen ist der Bundesrat bislang nicht bereit, sich in dieser Frage zu bewegen und auf seine problematischen Forderungen zu verzichten. ■

Ausblick

► Seit über zehn Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass die Schweiz vor dem Abschluss von Handelsabkommen deren negative Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte abklärt. Nun scheint dieser Kampf erste Früchte zu tragen: Aktuell arbeitet der Bundesrat an einem Bericht über Möglichkeiten, wie solche Wirkungsanalysen durchgeführt werden können; dieser soll dieses Jahr erscheinen. Wir werden die Gelegenheit nutzen, um dieses wichtige Anliegen prominent auf die politische Agenda zu setzen, indem wir die bundesrätlichen Überlegungen unter die Lupe nehmen, im Parlament für kritische Nachfragen sorgen und darauf drängen, dass der Bundesrat die Umsetzung zügig an die Hand nimmt – und nicht auf halbem Weg stehenbleibt.



Durchsicht:
Täuschungsmanöver
der Multis

Zwischendurch gefühlte Normalität

Aufgrund der Pandemie hatten wir die Schulbesuche bis zum Schuljahresbeginn im August eingestellt. Darum mussten wir leider 14 Schulbesuche absagen, immerhin 14 weitere konnten wir im zweiten Halbjahr aber durchführen. Unsere Schulbesucher*innen befanden sich also auch 2021 im Stop-and-go-Modus.

Trotz der schwierigen Umstände hält uns ein Team von 24 engagierten Schulbesucher*innen die Treue. Am häufigsten führten sie halbtägige Workshops zum Thema «Kritischer Konsum am Beispiel Kleider» durch. An zweiter Stelle lagen Schulbesuche zum Thema «Schokolade/Kinderarbeit», dicht gefolgt vom Thema «Rohstoffe im Handy». Des Weiteren haben Eva Sutter und Florian Duss, das Koordinationsteam der Schulbesuche, auch kürzere Inputs gegeben, insbesondere an Gymnasien, wo halbtägige Schulbesuche schwieriger in den Stundenplan zu integrieren sind.

Ein neues Feld eröffnete sich auch im Bereich «Bildung für nachhaltige Entwicklung» (BNE), wo wir praxisnahe Weiterbildungen für Lehrpersonen bzw. Studierenden an pädagogischen Hochschulen durchführten und dabei unsere Unterrichtskonzepte und -inhalte vermittelten. ■



Schulbesuchsteam am Jahrestreffen im November 2021 in Zürich

Haben Sie Interesse, im Schulbesuchsteam mitzuwirken? Dann freuen wir uns über Ihre Kontaktaufnahme! Infos: publiceye.ch/schulbesuch bzw. schulbesuch@publiceye.ch



Ein Strauss an Freiwilligenaktivitäten

Die Saatgutausstellung, diverse Stadtrundgänge, eine Plakatausstellung zur Clean Clothes Campaign an Schulen oder ein Infoabend zu Konzernverantwortung mit Poetry-Slam in Bern. Dies waren nur einige der vielfältigen Projekte, welche die neun Public Eye Regionalgruppen (Regrus) im Jahr 2021 durchführten. Und auch ausserhalb der Regrus konnten wir auf Unterstützung zählen.

Die Regrus steuerten für die Petition im Rahmen der Korruptionskampagne (siehe Seite 5), die sich an Ueli Maurer richtete, einmal mehr viele Unterschriften bei. Die Regru Aargau setzte dazu eine selbstgefertigte Geldwaschmaschine ein, aber auch andere zeigten sich kreativ. In der Administration unterstützten uns zehn Freiwillige tatkräftig beim Erfassen unzähliger Petitionsunterschriften für ebendiese Kampagne.

Die Wanderausstellung zum Thema Saatgut wurde im letzten Jahr zum vierten Mal gezeigt. Die Regru Basel holte sie in ihre Stadt und brachte im Rahmenprogramm Akteur*innen rund ums Thema Saatgut zusammen. Die Regru Bern entwickelte zwei Stadtrundgänge, die mithilfe einer App individuell oder idealerweise in Kleingruppen erlaufen werden können: einen zu verschiedenen Themen von Public Eye und einen konsumkritischen Rundgang, der anlässlich des Kaufnix-Tags zum ersten Mal stattfand. Die Regru Zürich führte bereits zum dritten Mal und an vier Tagen den Stadtrundgang «Nächster Halt Paradeplatz» durch. Stadtrundgänge eignen sich in der Coronazeit besonders gut, um auf unsere Themen aufmerksam zu machen. Im Rahmen der Clean Clothes Campaign waren Regrus auch im letzten Jahr mit einer Plakatausstellung in den Kantonen Genf und Waadt sowie mit Infoständen an Kleideraustauschbörsen oder Nachhaltigkeitsevents präsent.

Die Konzernverantwortungsinitiative hallte im Jahr 2021 nach. Nach den Sommerferien kam wieder vermehrt Lust auf, sich dem Thema Konzernverantwortung zu widmen. So organisierte die Regru Bern einen gut besuchten Anlass im Kulturtreff «Heitere Fahne» mit Podiumsdiskussion und Poetry-Slam zu «Ein Jahr nach der Konzernverantwortungsinitiative». ■



Mitmachen

Lust, bei Public Eye als Freiwillige*r mitzumachen?

Kontakt Deutschschweiz: regrus@publiceye.ch,
Tel. 044 2 777 999 (Ursina Mayor/Ursula Haller)

Kontakt Suisse romande: regional@publiceye.ch,
Tel. 021 620 06 11 (Aline von Mühlenen)

Infos: publiceye.ch/regionalgruppen

Eine Auswahl vergangener Regru-Aktivitäten finden Sie auf publiceye.ch/events.

Freiwilligenarbeit in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Freiwillige Mitarbeitende im Büro	15	234
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	24	1260
Vorstand	11	655
Regionalgruppen	197	4370
Total	247	6519



Organisation

ORGANE UND STRUKTUR

Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die Geschäftsleitung wird von einem vierköpfigen Kollektiv wahrgenommen. Die politische Abteilung wird von Christa Luginbühl und Angela Mattli geleitet. Christian Engeli ist verantwortlich für die Abteilung Kommunikation und Marketing, Alessandra Silauri für die Abteilung Finanzen und Administration.

Ein starkes Team

Per Ende 2021 arbeiteten in den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne 35 festangestellte Personen. Hinzu kommen befristet angestellte Fachpersonen und Praktikantinnen sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (*gesamte Teamzusammensetzung siehe Seiten 40 und 41*). Für die Mitarbeitenden von Public Eye gilt ein Gesamtarbeitsvertrag, der mit der Gewerkschaft VPOD erarbeitet wurde. Die Personalinteressen werden durch eine vierköpfige Personalkommission gegenüber Geschäftsleitung und Vorstand vertreten.

Engagierter Vorstand

Die strategische Führung von Public Eye wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die elf Vorstandsmitglieder sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins, insbesondere in den Bereichen Finanzen und Personal. Gemäss Statuten sind die deutsche und die französisch-italienische Sprachregion sowie die Geschlechter mit je mindestens vier Mitgliedern im Vorstand vertreten (*siehe Seite 39*). 2021 hielt der Vorstand fünf Sitzungen ab und engagierte sich während 655 Stunden ehrenamtlich.

Generalversammlung

Aufgrund der Covid-Situation musste die Generalversammlung leider auch im letzten Jahr in schriftlicher Form stattfinden. 1093 Mitglieder haben sich daran beteiligt und den Jahresabschluss 2020 einstimmig angenommen. ■

Organigramm

(Stand Dezember 2021)



Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Mitglieder sowie Spender*innen im Tessin betreuen. Neun Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. Zusätzlich engagieren sich Freiwillige in den beiden Büros. ■



Alessia Jemetta, Fred Sommer, Thomas König, Christophe Siegenthaler, Pierrette Rohrbach, Beata Hochstrasser, Zineb Benkhelifa, Yann Lenggenhager und Claudia Frick. *Nicht auf dem Foto:* Aline Gavillet und Res Peter.

Vorstand

Präsidentin

- ▶ **Pierrette Rohrbach**, Mitglied im Vorstand der Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO). Im Vorstand seit 2007, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.

Vizepräsidium

- ▶ **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I (Islamwissenschaft), Assistentin der Geschäftsführung des Schweizerischen Bühnenkünstlerverbands und Beauftragte der Stadtpräsidentin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Zürich. Im Vorstand seit 2015, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- ▶ **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik. Im Vorstand seit 2012, Mitglied der Finanzkommission.

Weitere Vorstandsmitglieder

- ▶ **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud seit 2002. Im Vorstand seit 2016.
- ▶ **Aline Gavillet**, Sozialarbeiterin im CHUV, Präventions- und Unterstützungsprogramm betreffend den Gebrauch von Psychopharmaka im Jugendalter. Im Vorstand seit 2020.

- ▶ **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Management Nonprofitbereich. Im Vorstand seit 2016, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- ▶ **Alessia Jemetta**, Ausbildung in Pflegewissenschaft, Pflegefachfrau für psychische Gesundheit in Bern. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Thomas König**, Prof. Dr. sc. nat., Dozent und Arbeitsgruppenleiter an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Yann Lenggenhager**, ehemaliger IKRK-Delegierter Mittlerer Osten und Nordafrika, Geschichtslehrer an mehreren Schulen im Kanton Zürich, Menschenrechtsaktivist. Im Vorstand seit 2020.
- ▶ **Res Peter**, Pfarrer in der reformierten Kirche Baden, im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Alfred Sommer**, Master in Public Administration, selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied der Finanzkommission und des Ausschusses für Personalfragen.

Team

Stand 31.12.21

FACHABTEILUNGEN (1160 Stellenprozente)

- ▶ **Thomas Braunschweig**, Handelspolitik (ZH)
- ▶ **Adrià Budry Carbó**, Rohstoffe und Korruption (LS)
- ▶ **Anina Dalbert**, Wirtschaft und Menschenrechte (ZH)
- ▶ **Agathe Duparc**, Rohstoffe und Korruption (LS)
- ▶ **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik (LS)
- ▶ **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Ernährung (LS)
- ▶ **David Hachfeld**, Clean Clothes Campaign (ZH)
- ▶ **Gabriela Hertig**, Gesundheitspolitik (ZH)
- ▶ **Carla Hoinkes**, Landwirtschaft und Ernährung (ZH)
- ▶ **Timo Kollbrunner**, Recherchen und Reportagen (ZH)
- ▶ **Silvie Lang**, Soft Commodities (ZH)
- ▶ **Christa Luginbühl**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- ▶ **Angela Mattli**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- ▶ **David Mühlemann**, Finanzen und Rohstoffe (ZH)
- ▶ **Elisabeth Schenk**, Clean Clothes Campaign (ZH)*

KOMMUNIKATION & MARKETING (910 Stellenprozente)

- ▶ **Ariane Bahri**, Magazin und Publikationen (LS)
- ▶ **Roman Bolliger**, Marketing und Fundraising (ZH)
- ▶ **Oliver Classen**, Mediensprecher (ZH)
- ▶ **Christian Engeli**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (ZH)
- ▶ **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (LS)
- ▶ **Floriane Fischer**, Online-Kommunikation (LS)
- ▶ **Daphne Grossrieder**, Online-Kommunikation (ZH)*
- ▶ **Rebekka Köppel**, Online-Kommunikation (ZH)
- ▶ **Ursina Mayor**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)
- ▶ **Aline von Mühlönen**, Fundraising und Freiwillige (LS)
- ▶ **Romeo Regenass**, Magazin und Publikationen (ZH)
- ▶ **Chantal Sierro**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)
- ▶ **Géraldine Viret**, Mediensprecherin (LS)

KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- ▶ **Florian Duss** und **Eva Sutter** (ZH)

FINANZEN & ADMINISTRATION (580 Stellenprozent)

- › **Cornelia Celio**, Buchhaltung und Personaladministration (ZH)
- › **Baptiste Corthay**, Buchhaltung, Personaladministration und Informatik (LS)
- › **Lupe Esteves**, Buchhaltung und Datenpflege (ZH)
- › **Ursula Haller**, Administration Freiwillige (ZH)
- › **Sibylle Müller**, Administration und Mitgliederservice (LS)
- › **Silvia Ramseier**, Administration und Mitgliederservice (ZH)
- › **Sasha Roderer**, Administration und Mitgliederservice (ZH)
- › **Danielle Schoenenberger**, Administration Freiwillige (LS)
- › **Alessandra Silauri**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (LS)

AUSTRITTE 2021

- › **Sonia Cirillo**, Finanzen (ZH)
- › **Anne Fishman**, Rohstoffe und Finanzen (LS)
- › **Andreas Missbach**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Urs Rybi**, Rohstoffe und Corporate Accountability (ZH)

Public Eye dankt allen Mitarbeitenden, die die Organisation im Jahr 2021 verlassen haben, herzlich für ihren wertvollen Beitrag und ihr Engagement.

*Befristete Stellen

Fotokonzert

Heile Welt der Panini-Bilder oder Mauscheleien im Hintergrund?

In diesem Jahr schauen wir mit unseren Teamfotos hinter die Kulissen der (nicht so) schillernden Welt des Fussballs. Wie so oft ist nicht alles Gold, was glänzt ...

Wenn nicht anders angegeben, wurden die Bilder des Jahresberichts von der Fotografin Marion Nitsch in Zusammenarbeit mit der Grafikdesignerin Karin Hutter aufgenommen.

Leider konnten die Teammitglieder Laurent Gaberell, David Hachfeld, Gabriela Hertig, Carla Hoinkes, Sibylle Müller, Danielle Schoenenberger und Géraldine Viret nicht fotografiert werden.

Danke von ganzem Herzen

Seit über 50 Jahren setzen sich Menschen mit Public Eye für globale Gerechtigkeit ein: Diese Beharrlichkeit und dieses Engagement haben Public Eye zu einer starken Stimme in der Schweizer Zivilgesellschaft gemacht. Herzlichen Dank dafür!

Über 28 000 Mitglieder geben uns das notwendige Gewicht in der politischen Auseinandersetzung. Zusammen mit den vielen Spender*innen ermöglichen sie unsere Recherchen und Kampagnen.

Unsere Dankbarkeit geht auch an die Menschen, die uns ausserordentlich grosszügige Spenden anvertraut oder uns in ihrem Testament berücksichtigt haben und so die Umsetzung zusätzlicher Projekte ermöglichen.

Zudem haben folgende Stiftungen, Kirchgemeinden und andere Organisationen uns im Jahr 2021 grössere Beiträge (ab 10 000 Franken) zukommen lassen: Alfred Richterich Stiftung, Däster-Schild Stiftung, Fédération genevoise de coopération (FGC), Fondation Salvia, Infomaniak, Katholische Kirche der Stadt Luzern, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern, Provinzialat Schweizer

Kapuziner, Stiftung Corymbo, Stiftung Edith Maryon und weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten. Auch ihnen danken wir herzlich für das Vertrauen in unsere Arbeit.

Gespendete Zeit

Bei Public Eye engagieren sich ausserdem zahlreiche Freiwillige: Motivierte Mitglieder von neun Regionalgruppen und einem Schulbesuchsteam tragen unsere Anliegen auf die Strasse und in die Schulzimmer. Die elf Vorstandsmitglieder von Public Eye sind ebenfalls ehrenamtlich tätig. Für dieses grosse Engagement und die gespendete Zeit sind wir sehr dankbar.

Auch im Jahr 2022 werden wir uns beharrlich für unsere Mission einsetzen: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns. Wir hoffen, dass wir dabei erneut auf grosse Unterstützung zählen dürfen. ■

Jahresrechnung 2021

RECHNUNGSLEGUNG 2021 NACH OR UND SWISS GAAP FER

Kommentar zur Jahresrechnung

Dank Ihrer Solidarität konnte Public Eye im Jahr 2021 einen Gesamtertrag von knapp über 5,8 Millionen Franken verzeichnen. Der Betrag übersteigt denjenigen des Vorjahres, der dank der starken Mobilisierung für die Abstimmungskampagne zur Konzernverantwortungsinitiative bereits auf einem hohen Niveau lag. Wir schliessen das Jahr 2021 mit einem Finanzergebnis von 462 442 Franken, 28 000 Mitgliedern und zahlreichen Projekten für das neue Jahr ab.

Der Ertrag durch Mitgliederbeiträge ist um 3,9 % gestiegen und betrug insgesamt 1,97 Millionen Franken. Inzwischen zählen wir über 28 000 Mitglieder – ein erfreuliches Wachstum, das unter anderem dank gezielten Aktionen zur Mitgliedergewinnung zustande gekommen ist. Der Spendenbeitrag fiel etwas geringer aus als im Jahr 2020, belief sich aber dennoch auf über 3 Millionen Franken. 2021 erhielten wir Legate in der Höhe von 253 699 Franken. Die Projekterträge machten 527 091 Franken aus. Dies ist zwar weniger als im Vorjahr, trotzdem konnten wir damit einen Grossteil der Projektkosten decken. Der Personalaufwand blieb praktisch auf dem Niveau des Vorjahres. Der Betriebsaufwand war trotz Mehrkosten im Zusammenhang mit der Entwicklung der neuen Strategie 2022–2025 niedriger.

Ein erfreuliches Gesamtergebnis

Dank einer sehr guten Kostenkontrolle, des engagierten Einsatzes aller Mitarbeitenden trotz aussergewöhnlicher Arbeitsbedingungen sowie der Treue unserer Mitglieder und der Solidarität unserer Spender*innen schliessen wir das Jahr mit einem Ergebnis von 462 442 Franken ab.

Das Fondskapital – hauptsächlich aus projektgebundenen Geldern von Stiftungen und Institutionen bestehend – wurde vollständig ausgeschöpft und wies Ende 2021 einen Saldo von null Franken auf. Wir haben das gebundene Kapital für Personal um 200 000 Franken und das für den Legateausgleich um 150 000 erhöht. Damit beläuft sich das Organisationskapital nach Abschluss des Geschäftsjahres auf über 4,7 Millionen Franken. ■

Bilanz

Aktiven	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%		%
Umlaufvermögen						
Flüssige Mittel	4 419 357	84	4 524 189	90		-2
Forderungen ¹	604 633	12	204 313	4		196
Vorräte	1 704	0	5 189	0		-67
Aktive Rechnungsabgrenzung ²	112 292	2	169 786	4		-34
Total Umlaufvermögen	5 137 986	98	4 903 477	98		5
Anlagevermögen						
Finanzanlagen ³	17 601	0	22 343	0		-21
Mietkaution	42 377	1	42 372	1		0
Sachanlagen	37 910	1	58 989	1		-36
Total Anlagevermögen	97 889	2	123 704	2		-21
Total Aktiven	5 235 875	100	5 027 181	100		4
Passiven						
	CHF	%	CHF	%		Veränderung %
Kurzfristiges Fremdkapital						
Verbindlichkeiten ⁴	216 733	4	191 815	4		13
Kurzfristige Rückstellung ⁵	0	1	150 000	3		-100
Passive Rechnungsabgrenzung	33 828	1	77 103	2		-56
Passive Rechnungsabgrenzung Ferien/Überzeit	293 268	6	366 263	7		-20
Total kurzfristiges Fremdkapital	543 830	10	785 179	16		-31
Total Fondskapital	0	0	12 398	0		-100
Total Fremdkapital und Fondskapital	543 830	10	797 577	16		-32
Organisationskapital						
Gebundenes Kapital für den Sozialplan	600 000	11	600 000	12		0
Gebundenes Kapital für Personal	1 080 000	21	880 000	17		23
Gebundenes Kapital für Projekte	984 864	19	984 864	20		0
Gebundenes Kapital für Legateausgleich	500 000	10	350 000	7		43
Freies Kapital	1 527 181	29	1 414 740	28		8
Total Organisationskapital	4 692 045	90	4 229 604	84		11
Total Passiven	5 235 875	100	5 027 181	100		4

Betriebsrechnung

Ertrag	2021		2020		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Spenden	3 064 022	53	3 137 414	54	-2
Legate	253 699	4	136 934	2	85
Mitgliederbeiträge	1 974 300	34	1 900 875	33	4
Projektertrag	527 091	9	611 132	11	-14
Übriger Ertrag	13 837	0	20 955	0	-34
Total Ertrag	5 832 949	100	5 807 310	100	0
Aufwand	2021		2020		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Projektaufwand					
Personalaufwand	-2 797 678	48	-2 717 577	46	3
Sachaufwand ⁶	-979 036	17	-1 126 932	20	-13
Total Projektaufwand	-3 776 713	65	-3 844 509	66	-2
Fundraising- und allg. Werbeaufwand					
Personalaufwand	-245 453	4	-276 492	5	-11
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung ⁷	-622 991	11	-464 449	8	34
Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand	-868 444	15	-740 941	13	17
Administrativer Aufwand					
Personalaufwand	-585 226	10	-544 691	10	7
Betriebsaufwand	-140 271	2	-174 421	3	-20
Total administrativer Aufwand	-725 497	12	-719 112	13	1
Total Aufwand	-5 370 654	92	-5 304 562	92	1
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	462 295	8	502 748	9	-8

	2021		2020		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%	CHF	%
Finanzerfolg	-12 251	0	-31 203	-1		-61
Total ausserordentliches, einmaliges oder periodenfremdes Ergebnis	0	0	11 146	0		-100
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	450 044	8	482 691	8		-7
Veränderung zweckgebundene Fonds ⁸	12 398	0	117 065	2		-89
Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)	462 442	8	599 756	10		-23
Veränderung Organisationskapital						
Veränderung gebundenes Kapital	-350 000	-6	-250 000	4		40
Veränderung freies Kapital	-112 442	-2	-349 756	6		-68
	0		0			0

Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

- Die Forderungen beinhalten eine Vorauszahlung der Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse von 553 370 Franken.
- In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind noch nicht erhaltene Erträge von rund 112 000 Franken enthalten, die das Jahr 2021 betreffen.
- Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung

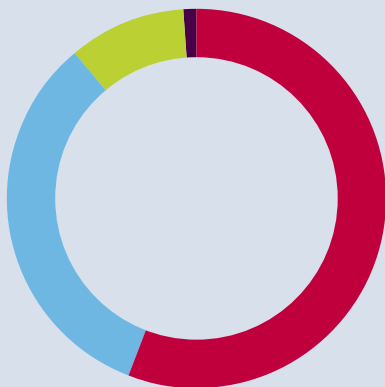
der von uns kritisierten Firmen oder als Unterstützung von Firmen, die durch uns mitgegründet wurden.

- Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
- Es gibt keine laufenden Gerichtsverfahren mehr. Daher konnte die Rückstellung im Jahr 2021 aufgelöst werden.
- Dank einer Rückstellungsauflösung war

der Sachaufwand im Jahr 2021 tiefer als im Vorjahr.

- Die höheren Kosten im Fundraising sind auf Streuwürfe in der Deutsch- und Westschweiz zurückzuführen.
- Den zweckgebundenen Fonds wurden 391 100 Franken zugewiesen und 403 498 Franken entnommen. Dies führte zur aufgeführten Fondsveränderung.

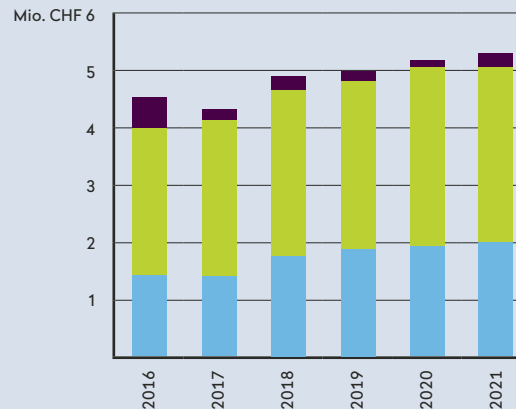
Ertrag



- 57% Spenden und Legate
- 33% Mitgliederbeiträge
- 9% Projektertrag
- 1% Übriger Ertrag

Public Eye finanzierte sich im Jahr 2021 zu 90% aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammte von Stiftungen, Kirchgemeinden und öffentlichen Institutionen. Der übrige Ertrag stammte von Erlösen aus Warenverkäufen und Honoraren.

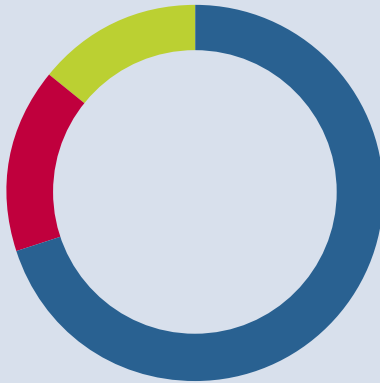
Spenden und Mitgliederbeiträge



- Legate
- Spenden
- Mitgliederbeiträge

Public Eye weist ein erfreuliches und kontinuierliches Wachstum der Einnahmen auf. Die Spendeneinnahmen haben sich leicht reduziert. Im Gegenzug stiegen die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, unter anderem durch gezielte Aktionen zur Mitgliedergewinnung. Die Legatseinnahmen unterliegen jeweils Schwankungen und lagen im Jahr 2021 mit 253699 Franken im Rahmen des Erwarteten.

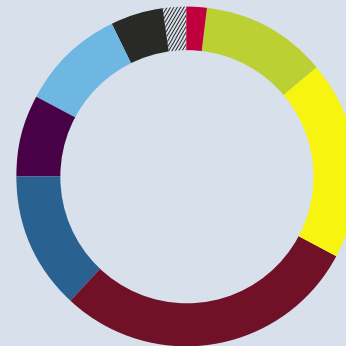
Aufwand



- 70 % Projektaufwand
- 16 % Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 14 % Administrationsaufwand

70 % (Vorjahr 72 %) des Aufwands (inklusive Personal) flossen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand betrug 14 % (Vorjahr 14 %), die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung 16 % (Vorjahr 14 %). Der administrative Aufwand blieb stabil. Der Anstieg bei den Kosten für das Fundraising entstand durch die intensiveren Bemühungen für die Mitgliedergewinnung.

Projektaufwand



- 2 % Handelspolitik
- 12 % Landwirtschaft (Pestizide)
- 19 % Gesundheit
- 29 % Finanzen und Steuern
- 13 % Rohstoffe
- 8 % Agrarrohstoffe
- 10 % CleanClothesCampaign
- 5 % Konzernverantwortung
- 2 % Programübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand von 3776713 Franken (inklusive Personalaufwand) entfielen 29 % auf die Korruptionskampagne im Themenbereich Finanzen und Steuern und 19 % auf den Bereich Gesundheit, in welchem letztes Jahr viele Recherchen und Veröffentlichungen in Verbindung zu Covid-19 stattfanden. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt von den gewählten Kampagnen ab und widerspiegelt nicht die Themengewichtung.



Tel. +41 44 444 35 55
Fax +41 44 444 35 35
www.bdo.ch

BDO AG
Schiffbaustrasse 2
8031 Zürich

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision
an die Generalversammlung des

Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, für das am 31. Dezember 2021 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER 21 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt und nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Zürich, 2. Februar 2022

BDO AG

Marco Beffa	ppa. Emanuel Carvalho
Zugelassener Revisionsexperte	Leitender Revisor Zugelassener Revisionsexperte

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 45 bis 47 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug respektive um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2021. Die komplette Rechnung 2021 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und SWISS GAAP FER kann unter publiceye.ch/jahresrechnung heruntergeladen oder bestellt werden.

Kontakt: 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Der Vision seiner Gründerinnen und Gründer – die Bekämpfung der Ursachen der Armut – ist Public Eye bis heute treu geblieben.

Wenn Unternehmen im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, schaut Public Eye genau hin. Mit unseren exklusiven und umfassenden Recherchen decken wir Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Wir recherchieren hartnäckig und enthüllen Korruption, illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken, die Menschen in anderen Ländern schaden. Dabei halten wir uns an journalistische Prinzipien und Qualitätsstandards bei Faktenprüfung und Quellenschutz.

Die fundierten Recherchen und Analysen von Public Eye legen nicht nur Missstände offen, sie haben immer auch zum Ziel, diese zu beseitigen. Deshalb richten wir uns mit Kampagnen an Unternehmen und die Politik, national und international. Public Eye sucht dabei das

Gespräch, konfrontiert und setzt sich hartnäckig für Verbesserungen ein. Wir haben ein profundes Wissen in unseren Dossiers und verfolgen unsere Ziele langfristig und ausdauernd.

Für Recherchen und Kampagnen arbeitet Public Eye mit Nichtregierungsorganisationen und Betroffenen zusammen. Wir engagieren uns in internationalen Netzwerken, um unsere Ziele gemeinsam zu erreichen. ■

► **Mehr Informationen:** publiceye.ch



Seit über 50 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 28 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye

Dienerstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich
+41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

 facebook.com/publiceye.ch

 @publiceye_ch

 @publiceye_ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

